

# Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeiger und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis pro Stück 10 Pf. — Anzeiger Nr. 53.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreis: Die Anzeigerpreise für Anzeigen sind nach dem Umfang der Anzeigen zu bestimmen. Anzeigen für den Anzeiger Nr. 53 sind zu besonderen Bedingungen zu begeben. — Anzeiger Nr. 53.

Ergebnisse: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1400

Nr. 100

Donnerstag, den 30. April 1925

20. Jahrgang

### Braun vor dem preußischen Landtag.

#### Die Regierungserklärung.

Die gestrige Sitzung des preußischen Landtages, die von Präsident Bartels mit einem herzlichen Nachruf für die früheren Kultusminister Günisch eingeleitet wurde, war schon nach einer Viertelstunde wieder zu Ende. Ministerpräsident Braun verlas eine ganz kurze Regierungserklärung, die bei ruhiger Entgegennahme etwa sechs Minuten in Anspruch genommen hätte, aber durch den fortwährenden Lärm der Deutschnationalen und auch der Kommunisten doppelt solange dauerte. Die Deutschnationalen namentlich riefen fortwährend: „Minister des Rußbendes!“ und wurden ganz wild, als der Ministerpräsident Braun in seiner Rede von der Sabotage des deutschnational-kommunistischen Blocks sprach. Hier meldeten sich die „Barmar“-Küfer wieder zur Stelle. Der Ministerpräsident unterbrach seine Ausführungen, um den Zwischenrufer zu sagen, daß dieses Barmar-Geschrei ein großer politischer Unfug sei, weil weder die gerichtliche noch die parlamentarische Untersuchung des Falles zu Ende geführt sei, nach den bisherigen Ergebnissen aber von politischer Korruption gar nicht gesprochen werden könne. Alimulim beruhigten sich denn auch die Gemüter rechts und links, und Herr Braun konnte den letzten Teil seiner Rede ohne merkliche Verzögerung vortragen.

Sachlich kennzeichnete die Rede die Obstruktion und den Herstellungs willen des national-kommunistischen Blocks, der nicht insstande ist, selbst eine vorübergehende Regierung zu präsentieren. Im übrigen machte sich Ministerpräsident Braun das von Marx im Februar aufgestellte Programm zu eigen. Sehr geschickt war der Hinweis, daß auch nach dem Austritt der Volkspartei von der jetzigen Regierung die Politik der Großen Koalition weitergeführt werde. Bemerkenswert war weiter die Stelle in der Rede Brauns, in der er hervorhob, daß er die auf ihn gefallene Wahl zum Ministerpräsidenten nur angenommen habe aus der Erkenntnis heraus, daß nun den fortwährenden Regierungskrisen ein Ende gemacht werden müsse. Man geht nicht fehl, wenn man in diesen Worten ein deutliches Zeichen für den Willen sieht, den preußischen Landtag auszulösen, falls der jetzigen Regierung von der deutschnational-kommunistischen Koalition Schwierigkeiten bereitet werden. Die entscheidende Abstimmung wird für Mittwoch, 6. Mai, erwartet.

#### Der Wortlaut der Erklärung.

Ministerpräsident Braun dankt zunächst für das durch die Wahl bewiesene Vertrauen und stellt dem Hause das neue Kabinett vor, dem angehören als Justizminister Am Rehnhoff, als Innenminister Seewering, als Wohlfahrtsminister Hirtler, als Kultusminister Dr. Becker, als Finanzminister Höpfer-Wilhelm, als Handelsminister Schreiber-Galle und als Landwirtschaftsminister Stelger. Es ist das gleiche Kabinett, das bereits der Amtsvorgänger des jetzigen Ministerpräsidenten, Herr Marx, am 18. Februar dem Landtag vorgestellt hat, und das durch Ablehnung des Vertrauensantrages zurücktreten mußte. Ministerpräsident Braun dankt seinem Amtsvorgänger für die während seiner kurzen Amtszeit geleisteten Dienste und führt dann weiter aus:

„Wenn ich die auf mich gefallene Wahl angenommen habe und das gleiche Kabinett unverändert dem Hause vorstelle, so tue ich das in der Erkenntnis, daß der sich nunmehr fast drei Monate hinziehenden Regierungskrise ein Ende gemacht werden muß. Ich bin mir wohl bewußt, daß es keine leichte, keine angenehme Aufgabe ist, an deren Lösung ich herantrete. Es ist wahrlich nicht das Streben, Minister zu sein, wie mögliche Bestimmung in den Kreisen meiner politischen Gegner mir unterstellt hat, das mich leitet. Nein, mich leitet Pflichtbewußtsein und das tiefe Gefühl der Verantwortung für die Geschicke des preußischen Volkes, das mich als mehrjährigen Leiter der preußischen Staatsgeschäfte erfüllt.“

Es war bis zum Anfang dieses Jahres unser Stolz, daß wir im Gegensatz zum Reich und anderen Ländern Preußen vor steter Regierungskrisen bewahrt hatten und durch eine zuletzt 3 1/2 Jahre währende konstante Regierung, die von einer festen Mehrheit im Parlament getragen wurde, zur Konsolidierung unseres staatlichen Lebens und zur Gesundung und zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft wesentlich beitragen konnten. Die Neuwahl des Landtages am 7. Dezember d. J. gab wahrlich keinen begründeten Anlaß, hierin eine Veränderung einzutreten zu lassen und auch über Preußen eine Periode der Regierungskrisen heraufzubekommen.

Diese Periode wurde heraufbeschworen durch die Deutsche Volkspartei, die die von ihr 3 1/2 Jahre lang getriebene und bis zur Wahl gebilligte und gelobte Politik nach der Wahl verhorreszierte.

Es ist nun wochenlang versucht worden, eine aktionsfähige Regierung zu bilden. Die Parteien waren zum weitestgehenden Entgegenkommen bereit.

Alle diese Versuche sind gescheitert an der Sabotage, an der Herführungswut des deutschnational-kommunistischen Blocks. Dieser Block hat bisher jede Regierung gestürzt, jede nach Lage der parlamentarischen Verhältnisse und der politischen Einstellung der maßgebenden Parteien mögliche Kombination zum Scheitern gebracht. In jedem parlamentarisch regierten Lande gibt es als selbstverständlich, daß die Parteien der Opposition, die eine Regierung mit Mehrheit stürzen, die Pflicht haben eine neue Regierung zu bilden, daß sie die Verantwortung für das Zustandekommen einer solchen neuen, auf ihre Mehrheit gestützten Regierung tragen. Die Parteien des deutschnational-kommunistischen Blocks haben wohl einmütig jede Regierung gestürzt. Sie sind einzig im Herfordern, aber sie haben bisher noch keine auf ihre Mehrheit gestützte Regierung zu bilden vermocht. Sie haben nicht einmal den Versuch dazu gemacht. Denn man hat noch nicht gehört, daß die Parteien, die diesen Block bilden, Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Volkische Wirtschaftspartei und Kommunisten, sich jemals zusammengesetzt hätten, um die Bildung einer neuen, von ihrer Mehrheit getragenen Regierung zu vereinbaren.

So einmütig wie sie im Herfordern sind, so unfähig sind sie zum Aufbau. Damit ist bewiesen, daß diesem Oppositionsblock lediglich destruktive Tendenzen innewohnen und in keiner parlamentarischen Tätigkeit leiten. Eine solche destruktive Politik aber muß, wenn sie sich längere Zeit in unserem politischen Leben auswirkt, die schwersten Schädigungen für unser Staatswesen und unsere Wirtschaft zur Folge haben. Es sind ja wohl in diesem Block der Opposition auch Kräfte vorhanden, die diese Schädigung wollen, die beruht auf einer Katastrophe hinarbeiten, weil sie hoffen, in einem allgemeinen Chaos am ehesten ihre Parteiziele verwirklichen zu können.

Von der Mehrheit der Oppositionsparteien darf ich aber wohl annehmen, daß sie bestrebt sind, positive Aufbaubarbeit zum Besten unseres Landes zu leisten. Und daher habe ich die Hoffnung, daß auch in den Oppositionsparteien die Erkenntnis wachsen wird, daß die destruktive Politik des deutschnational-kommunistischen Oppositionsblocks letzten Endes unserem Lande und unserem Volke zum Verderben gereichen muß, und daß sich daher hinreichend Kräfte zur positiven Arbeit mit der Regierung wieder zusammenfinden werden.

Erwarten Sie nicht, daß ich Ihnen für diese Arbeit ein Programm der Regierung entwerfe. Das Volk will nicht Worte, sondern Taten. Zur Tat bin ich und das gesamte Kabinett bereit. Ich werde die Staatsgeschäfte nach den Grundsätzen leiten, die sich in den letzten 3 1/2 Jahren meiner Ministerpräsidentenschaft bewährt haben. Die politischen Richtlinien, die der Politik der Großen Koalition zugrunde liegen werden auch weiterhin für das Kabinett maßgebend sein.

Für die nächsten Aufgaben, deren Lösung drängt, mache ich mir im wesentlichen das Programm zu eigen, das mein verehrter Herr Amtsvorgänger am 18. Februar d. J. vor dem Hohen Hause entwickelt hat. Dieses Programm ist auch das Programm der neuen Regierung, die ihre ganze Kraft einsetzen wird, um es zum Wohle unseres noch immer schwer ringenden Volkes zu verwirklichen. Dafür bitte ich um Ihre Billigung und Mitarbeit.“

Hierauf vertagte ich das Haus unter großer Anwesenheit, den Vorschlägen des Vizepräsidenten entsprechend, auf Mittwoch, 12 Uhr: Besprechung der Regierungserklärung

Die Vertreter der drei Koalitionsparteien des preußischen Landtages, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten, haben in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Braun und des Ministers Höpfer-Wilhelm gestern nachmittags im Landtag beschlossen, ihre Einheitsfront aufrecht zu erhalten und die Regierung mit allen verfassungsmäßigen Mitteln zu unterstützen. Die Koalitionsparteien sind entschlossen, über in eine Neuwahl des Landtages einzutreten, als einen Wechsel der Regierung vorzunehmen.

### Stand der Reichspostverwaltung.

29 Millionen Ueberschuß im Jahre 1924.

Berlin, 28. April. In der heutigen Sitzung des Reichstages führte der Reichspostminister Stinckel zu Beginn der Beratung des Haushalts des Reichspostministeriums über den Stand der Reichspostverwaltung Folgendes aus: Der Briefverkehr hat, im ganzen genommen, den Stand von 1918 noch nicht wieder voll erreicht. Beim Paketverkehr ist dies dagegen der Fall. Die Einnahmen aus den Postgebühren sind für 1925 auf 851 Millionen RM. geschätzt.

#### Zur Frage der Aufhebung der

#### Sonntagsaufstellung

erkläre ich wiederholt: Solange Deutschland sich in einer Wirtschaftslage wie in der gegenwärtigen befindet, wird die Sonntagsaufstellung aufrecht erhalten bleiben müssen, wo sie noch besteht. Mir ist betrauert, daß es als erstrebenswert, sie einzuschränken oder aufzuheben, um den Betrieb wirtschaftlicher zu gestalten und um dem Postpersonal eine erweiterte Sonntagsruhe zu ermöglichen. Um eine vollständige Sonntagsruhe kann es sich aber hierbei niemals handeln. Ich betone ausdrücklich, daß ich zurzeit nicht daran denke, eine Veränderung in den bestehenden Verhältnissen herbeizuführen. Die Verbesserung der Briefe und Pakete wird nach Möglichkeit verbessert; der Grundsatz der Schnelligkeit, Pünktlichkeit und Sicherheit steht hier im Vordergrund. Der Kraftwagenverkehr wird in den Städten und auf dem ländlichen Lande immer mehr erweitert. Wo ein dringendes Bedürfnis vorliegt, richten wir die feineren aufgehobenen Postanstalten wieder ein. Mit diesen Bestrebungen geht Hand in Hand eine Vereinfachung der Beförderungs- und Behandlungsvorschriften, z. B. für Kreuzfahrten und Zeitungserwerb. Der Postverkehr entwickelt sich weiter günstig, ebenso der Fernsprecheverkehr. Für 1925 wird mit einer Einnahme aus dem Fernsprecheverkehr von 882 Millionen RM. gerechnet. Der Telegrammverkehr hat die Höhe der Vorkriegszeit noch nicht erreicht. Der unbefriedigende Stand kommt dadurch zum Ausdruck, daß im Voranschlag 1925 gegenüber 1924 eine Mindereinnahme von rund 15 Millionen RM. angesetzt ist. Der Fernverkehr, namentlich der Unterhaltungsrundfunk, hat sich im vergangenen Rechnungsjahr in ungeahnter Weise entwickelt. Die Zahl der zahlenden Rundfunkteilnehmer beträgt zurzeit etwa 779 000. Die Einnahmen aus dem Fernverkehr sind für 1925 mit 34 Millionen RM. veranschlagt, davon 28 Millionen aus dem Unterhaltungsrundfunk. In der

#### Personalpolitik

erstrebe ich: ausreichende Bezahlung, entsprechende Verbesserungsverhältnisse, günstige dienstliche Arbeitsbedingungen und endlich eine möglichst ausgebreitete soziale Fürsorge, soweit es im Rahmen des Ganzen und im Hinblick auf die Wirtschaftsgestaltung der Post möglich ist. Der Personalabbau war uns eine recht brennende und schmerzliche Aufgabe. Eine gewisse Zahl der Abgebauten ist zu einer dauernden Wiederverwendung vorgemerkt. Hauptsächlich ist es bald möglich, den größeren Teil dieser Beamten in das planmäßige Verhältnis zurückzuführen. Von den Schwerkrankenbeschädigten sind bereits 1800 Hilfsschaffner im unteren Dienst geworden. Die von der Reichsregierung letzten beschlossenen Erleichterungen bezüglich des Arbeitsmaßes haben wir im Rahmen der durch den Kabinettsbeschluss gezogenen wirtschaftlichen Grenzen durchgeführt. Dem dienstlichen und freiwilligen Bildungswesen lassen wir ausgebreitete ideelle und materielle Unterstützung zuteil werden. Auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge des Personals leisten wir das, was uns finanziell nur irgend möglich ist. Zur Beschaffung von rund 2000 Wohnungen sind für 1925 18 Millionen RM. vorgesehen, wenn möglich, soll dieser Betrag später noch erhöht werden.

Das Rechnungsjahr 1924 wird mit mindestens 29 Millionen RM. Ueberschuß abschließen, der zur Rücklage fließt. Der Voranschlag für 1925 ist dem Verwaltungsrat rechtzeitig festgestellt worden, er schließt in Einnahme und Ausgabe mit 1743 Millionen RM. ab. Die Postreklame wird einen Reingewinn von 2,7 Millionen RM. ab, auf den wir zurzeit noch nicht verzichten können. Bei der Ausleihung von Postgeldern können wir unter den Reichsbankdiskontsatz nicht zurückgehen, weil sonst starke Gebührenerhöhung stattfinden müßte, um die Rentabilität des Postgeldverkehrs sicherzustellen. Eine Gebührenerhöhung würde aber eine Abdrosselung des Postgeldverkehrs zur Folge haben und damit wirtschaftlichen Schaden anrichten.

#### Rolle der Tarifpolitik

In die Post-, Telegraphen- und Fernsprechegebühren so niedrig zu halten, wie es die Wirtschaftsverhältnisse erlauben zulassen. Bezüglich der Ueberschüsse für das Reich möchte ich folgendes sagen: Weder für 1924 noch